



Bürgerbrief

Informationen der Initiative für mehr direkte Demokratie

Liebe Bürgerinnen und Bürger!

Sie haben seit längerer Zeit nichts von uns gehört. Wir als kleine Bürgerbewegung haben vor vier Jahren begonnen, uns mittels eines Volksbegehrens „Für mehr Bürgerrechte durch direkte Demokratie“ nach dem Schweizer Vorbild einzusetzen. Wir mussten aus Zeit- und Geldmangel mit dem Sammeln von Unterstützungserklärungen, die notwendig sind, um ein Volksbegehren einreichen zu können, pausieren.

Direkte Demokratie aktueller denn je

Nach wie vor bietet aber einzig und allein die **direkte Demokratie** die Möglichkeit, im Falle einer politischen Fehlentscheidung mit einem Volksbegehren oder einer Volkssabstimmung in den politischen Alltag einzugreifen und entgegenzuwirken. Diese Forderung nach politischer Mitsprache hat an Aktualität nichts verloren, wir wollen – und müssen angesichts der den Weltfrieden bedrohenden politischen Situation – an unsere Aktivitäten wieder anknüpfen! Dabei zählen wir auch auf Ihre Hilfe und freuen uns sehr auf Echo und Unterstützung.

Petition für konsequente Neutralitätspolitik

Heute wenden wir uns an Sie, weil wir es als unsere Bürgerpflicht sehen, Sie über neutralitätswidrige Entwicklungen zu informieren, die dem Völkerrecht widersprechen und gegen die Menschenrechte verstoßen. Dazu haben wir eine Petition formuliert, die Sie auf der letzten Seite finden.

Nie wieder Krieg

„Nie wieder Krieg!“ Mit diesem Vorsatz haben die Menschen nach dem zweiten Weltkrieg auf den Trümmern des Krieges neu begonnen. Es herrschte darüber Übereinkunft, dass nie wieder Konflikte mit Waffen gelöst werden dürften. Heute erleben wir das genaue Gegenteil: ein Aufrüsten, das stillschweigend vor sich geht, worüber die Medien kaum oder nicht informieren und schreckliche Kriege vor unserer Haustür.

Tonnen radioaktiver Munition

Eine besonders gefährliche Entwicklung dieser Kriege ist die Verwendung von tausenden von Tonnen radioaktiver Uran-Munition. Diese hat bereits bei

vielen Betroffenen der Kriege (sowohl Soldaten als auch Zivilisten) Krankheiten ausgelöst, die heute unter Golfkriegs- oder Balkansyndrom bekannt sind.

Bewaffnete Auslandseinsätze sind neutralitätswidrig

Unsere Regierung entsendet z. B. im Rahmen der Nato Partnerschaft für den Frieden (PfP) Soldaten in diese Gebiete und bekennt sich auch im Regierungsprogramm¹ zu dieser Nato-Partnerschaft. Auch die EU „Headline Goals 2010“ – Maßnahmen für die Fähigkeit zu weltweiten Militärschlägen nach dem „Vorbild“ der erwähnten Kriege gegen Afghanistan und Irak – werden unterstützt². Wir halten diese Entsendung für nicht vereinbar mit der Österreichischen Neutralität. Außerdem besteht eine große Gesundheitsgefahr für die eingesetzten Soldaten die bisher verschwiegen wird.

¹Regierungsprogramm für die XXIII. Gesetzgebungsperiode, S. 17 – im Internet unter www.bmf.gv.at/Service/Regierungsprogramm.pdf.

²Regierungsprogramm S. 16

Keine Entsendung österreichischer Soldaten in verstrahlte Krisengebiete – Hände weg von unserer Neutralität



Stellen Sie sich vor, Sie machen Urlaub in Ex-Jugoslawien. Sie kehren zurück, und einige Monate später treten merkwürdige gesundheitliche Probleme bei Ihnen oder Ihren Familienmitgliedern auf. Stellen Sie sich vor, Sie verlieben sich in einen Kosovaren, einen Bosnier,

Kroaten, Montenegriner, Serben usw. Sie bekommen mit diesem Partner ein Kind oder mehrere. Ein oder mehrere Kinder weisen unerklärliche Missbildungen auf oder erkranken ebenso wie ihr Partner an Leukämie bzw. Mehrfachkrebs. Stellen Sie sich vor, Sie haben einen Sohn, der

als Soldat im Kosovo, in Afghanistan oder im Libanon eingesetzt war bzw. wird. Ihr Sohn wird einige Zeit später, wie eben beschrieben, krank bzw. heiratet und bekommt kranke oder missgebildete Kinder – Ihre Enkel.

Das sind erschreckende Vorstellungen. – Sie sind Realität.

Die Faktenlage

Es geht um völkerrechtlich verbotene Uran-Munition. Die Schäden und Folgen des Einsatzes sind bereits unumkehrbar:

- verstrahlte, unbewohnbare Regionen in den Kriegsgebieten;
- verstrahlte Menschen in diesen Gebieten mit medizinischen Folgen wie dem Zusammenbruch des Immunsystems, erhöhte Krebsraten, Mehrfachkrebs, genetische Defekte und dementsprechend Missbildungen bzw. Totgeburten;
- Verteilung des Uranstaubs, insbesondere auch in Form von Nano-Partikeln, über die ganze Welt.



An Leukämie erkranktes Kind in Basra



Erkranktes Kind mit Morbus Günther, benannt nach dem Arzt der zuerst die neuen Krankheitsbilder im Irak beschrieben hat. Siehe auch Veranstaltungsankündigung auf S. 3

Seit dem zweiten Irakkrieg 1991, in welchem Urangeschosse eingesetzt wurden, sind diese Fakten bekannt. In den Kriegen (Kosovo 1999, Irakkrieg 2003) wurden noch größere Mengen der Munition eingesetzt. Man spricht heute vom Golfkriegs- oder Balkansyndrom.

Heute entsendet die Österreichische Regierung im Rahmen der *Nato Partnerschaft für den Frieden (PfP)* und *International Security Assistance Force (ISAF)* Soldaten in diese verstrahlten Krisengebiete.

Österreichische Soldaten, die sich heute über den Präsenzdienst hinaus verpflichten, müssen Auslandseinsätze absolvieren, vgl. Regierungsprogramm der neuen Bundesregierung:

„Modifikation der Freiwilligkeit für den Auslandseinsatz. Gem. den Empfehlungen der Bundesheerreformkommission ist in der Bundesverfassung Vorsorge zu treffen, dass künftig eintretende befristete und unbefristete Be-

rufssoldaten und -soldatinnen zu Auslandseinsätzen verpflichtet sind.“ (S. 20)

Aus unserer Sicht

- widersprechen diese Einsätze der immerwährenden Österreichischen Neutralität, zu der Österreich nach wie vor völker- und verfassungsrechtlich verpflichtet ist.
- wird die oben beschriebene Faktenlage von unseren Medien gezielt unterschlagen und verschwiegen.
- muss man aufgrund der eingesetzten Waffen von einem schmutzigen Atomkrieg sprechen.

Ein österreichischer Soldat, der aus einem solchen Einsatz zurückkehrt, riskiert mißgebildete Kinder zu bekommen, wie dies schon vielen Kriegsveteranen ergangen ist.³

Österreich mitschuldig

Können wir guten Gewissens von einer *Friedensmission* sprechen – wie dies von unseren Medien bezeichnet wird – wenn ein Land für Milliarden Jahre atomar verseucht wird? Wer solche Waffen einsetzt, ist ein Kriegsverbrecher und hat sicher keine Friedensmission vor. Österreich macht sich durch die Entsendung von Soldaten mitschuldig.

Die nächsten Kriegsverbrechen – vielleicht gegen den Iran – werden schon vorbereitet. Wir wollen nicht, dass Österreich sich mitschuldig macht! Als konsequent neutrales Land in Europa können wir einen Weg aus den Kriegen weisen und den Ländern der Dritten Welt helfen.

Bildnachweis:
Prof. Dr. Dr. Siegwart-Horst Günther:
Hunger und Not der Kinder im Irak
Verlag Zeit-Fragen, 2007

³ Wolfgang Hingst, *Paradies oder Weltuntergang*, S. 349

Die erschreckenden Konsequenzen von Uranwaffen

In Militärkreisen spricht man seit Jahren von Depleted Uranium, kurz DU genannt. Darunter versteht man bei uns „abgereichertes Uran“. Gemeint sind durch den Krieg hinterlassene abgereicherte Uran-Munitionsreste, die eine „ewig“ dauernde radioaktive Verseuchung verursachen. Im Irak, in Afghanistan und auf dem Balkan wurde und wird weiter tonnenweise dieses „DU“ eingesetzt. Die erschreckenden Konsequenzen: massiver Anstieg der Karzinomrate, Häufung von Doppel- und Dreifachkarzinomen bei ein und demselben Patienten, gehäufte Karzinomfälle innerhalb derselben Familie, Auftreten von schrecklichen, teils grotesken und vorher kaum gesehenen Missbildungen. Abgereichertes Uran wird in der amerikanischen Waffenindustrie

verwendet, um die Projektile effizienter zu machen; sie durchschlagen herkömmliche Panzerwände wie Butter. Es ist ein Abfallprodukt, das bei der Herstellung der Brennstäbe entsteht, die in Kernkraftwerken verwendet werden, und ist ein sogenannter Alpha-Strahler. Beim Abfeuern solcher Projektile entstehen feinste keramische radioaktive Partikel von Mikrometergröße. Diese gelangen über die oberen und unteren Atemwege sowie die Haut in den Kreislauf und strahlen.

Das radioaktive Uran ließ sich bei Untersuchungen von Soldaten, die im ersten Golf-Krieg eingesetzt wurden, im Urin nachweisen; insbesondere bei solchen Veteranen, die am sogenannten „Golf-Kriegs-Syndrom“ litten oder noch immer leiden; ebenso konnte DU in diversen Bodenproben im Irak nachgewiesen werden. In die Nähe

solcher Bodenproben gebrachte Geigerzähler schlugen in den nicht mehr messbaren Bereich aus. Messungen zeigten das Hundert- bis Tausendfache der normalen Umweltstrahlung. Diese verseuchten Böden sind aber nicht markiert oder ausgesondert; die radioaktive Strahlung sieht, hört und riecht man nicht. Heute werden hier wieder Häuser gebaut, Straßen gezogen, landwirtschaftliche Produkte angebaut [...]

*Aus Zeit-Fragen 11/2007,
www.zeit-fragen.ch*

Es gibt eine Internationale Petition zum Verbot von Uranwaffen. Die Petition kann unter bandepleteduranium.org unterzeichnet werden. Der deutschsprachige Text dieser Petition ist in der obigen Zeit-Fragen Ausgabe abgedruckt. Auf Anforderung senden wir den Text gerne zu.

ANKÜNDIGUNG EINER INFORMATIONEN-VERANSTALTUNG

**5. Juni 2007 19 Uhr,
Wien, 9. Bezirk, Kolpinghaus Alsergrund
Eingang Liechtensteinstraße 100**

Filmvorführung „Der Arzt und die verstrahlten Kinder von Basra“ durch
Regisseur Frieder Wagner

Vortrag von Prof. Dr. med. Dr. h.c. Edmund Lengfelder
(Strahlenexperte Universität München)

Rechtsanwalt Rainer Rothe zum Thema „Verantwortung der Medien“

Veranstalter: Initiative für mehr direkte Demokratie

Petition an die Österreichische Bundesregierung: Keine Entsendung österreichischer Soldaten in verstrahlte Krisengebiete Hände weg von unserer Neutralität

Mit meiner Unterschrift unterstütze ich die folgenden Forderungen:

- Keine Entsendung österreichischer Soldaten in verstrahlte Krisengebiete
- Ja zur Neutralität – Internationale Friedensbemühungen im Sinne der Neutralität seitens der Regierung
- Sofortiger Austritt aus der Nato-Partnerschaft für den Frieden PfP und allen anderen neutralitätswidrigen Militärbündnissen
- Volle Aufklärung über die Auswirkungen von Uran-Geschossen –
Ärztliche Betreuung für alle Opfer
- Verbot der Uranmunition – ihr Einsatz ist ein Verstoß gegen das Völkerrecht

Name	Adresse + Email	Unterschrift
Österreichische Post AG Sponsoring.Post Nr. 02Z034563 S Verlagspostamt 1100 Wien Adresse	Ausgefüllte Petition senden an: Initiative für mehr direkte Demokratie PF 78, 1108 Wien Wir finanzieren uns aus Spenden und freuen uns über jeden Druckkostenbeitrag: Bankverbindung: Erste Bank BLZ 20 111 Konto 04665066	Denken Sie nicht, dass es an der Zeit ist, aktiv zu werden für den Frieden? Sprechen Sie mit Ihren Nachbarn, mit Ihren Mitbürgern!